

----- Originalnachricht -----
Betreff: Ihr Brief zur DVAsyl
Datum: 25.11.2016 11:25
Von: [Preuss Elisabeth \(Dr.\)](mailto:elisabeth.preuss@stadt.erlangen.de)
An: AK.Politik@EFIE-Erlangen.de

Sehr geehrte Mitglieder des AK Politik,

für Ihr Schreiben zur Gebührensatzung in Unterkünften vielen Dank. Anbei erhalten Sie die Stellungnahme, die den Stadträten gestern vorlegt wurde. Dazu eine Ergänzung im Rechenbeispiel: Nach 15 Monaten, wenn der Geflüchtete analoge Leistungen bekommt, reduziert sich die monatliche Rechnung auf ca 40€.

Gestern hat der Stadtrat, wie zuvor schon der Sozialausschuss und der Finanzausschuss, die Gebührenordnung einstimmig verabschiedet.

Dazu ein paar Worte:

Wir sind hier im übertragenen Wirkungsbereich, das heißt, die DV wird in Erlangen, wie in allen anderen Städten angewendet werden. Wenn wir geringere Sätze festschreiben, so würden wir von der Regierung für die Differenz zur Kasse gebeten werden. Dass wir das Asylbewerberleistungsgesetz an vielen Stellen für nicht gut und richtig halten, braucht hier, so denke ich, nicht betont zu werden.

Das würde Ungerechtigkeiten zwischen Flüchtlingen in Erlangen gegenüber anderen Städten schaffen, was schon nicht gut wäre. Noch schlimmer wäre, dass die Flüchtlinge in staatlichen Unterkünften in Erlangen anders behandelt würden als in städtischen Unterkünften, in der Michael-Vogel-Straße wäre dies sogar Nachbarn. Das wäre den Flüchtlingen nicht zu erklären.

Dazu kommt, dass wir eine städtische freiwillige Leistung gerade den Geflüchteten geben würden die mehr Geld zur Verfügung haben, als die anderen, die keine Arbeit haben. Da die städtischen Ressourcen beschränkt sind, halte ich unsere Linie, Deutschkurse zu finanzieren, eine übergeordnete Koordination für Flüchtlinge zu finanzieren (Herr Sharifov), den Wohlfahrtsverbänden Zuschüsse zur Finanzierung von Asyl- und Migrationsberatern zu bezahlen oder, wie zuletzt eine Sammelhaftpflicht abzuschließen, für sinnvoll. Nicht zuletzt halte ich dieses Gebühren-Problem im Vergleich zu anderen Problemen für nicht prioritär. Viel schlimmer für die Flüchtlinge ist, dass die Kommunen nach wie vor kein "Go" der Staatsregierung haben, was die Organisation und Finanzierung von Sprachkursen angeht, dass im bayrischen Integrationsgesetz nicht Integration, sondern Steine in den Weg gelegt werden, dass es keine Wohnungen gibt und die Nachbarn sich wehren, wenn gebaut werden soll, dass junge Geflüchtete zum Abbruch der Ausbildung gezwungen werden könne, wenn es (vermeintliche) Probleme mit der Identität gibt, dass viele nur 1 Jahr und nicht 3 Jahre Schutz bekommen diese Liste ließe sich weiterführen.

Ein Gedanke zum Schluss: Was mir am meisten Sorge macht, ist er der erwachende, teilweise schon florierende Rechtsextremismus: Hier brauchen wir all unsere Energie, um nicht im neuen bayrischen Landtag eine große Fraktion der AfD zu haben, die sich in vielen Punkten, vor allem aber in denen, die für Flüchtlinge wichtig sind, jenseits des Grundgesetzes bewegen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Elisabeth Preuß

Bürgermeisterin der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
Postfach 3160
D - 91052 Erlangen

FON + 49 (0) 9131 86-2227
FAX + 49 (0) 9131 86-2213
EMAIL elisabeth.preuss@stadt.erlangen.de
POST Rathausplatz 1 - D 91052 Erlangen
BUERO 1. Stock, Zi-Nr. 132
GZ V/peg
WEB www.erlangen.de